

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stadtpark 17, Fernruf 3366 und 3357. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 47

Duisburg, den 21. November 1925

26. Jahrgang

Ins Herz des deutschen Volkes

Als Florian Geyer, der Bauernführer, im Bauernkrieg berand mit seinen Genossen in Würzburg lag und gegenseitiger Neid der Bauern die ganze Aktion zu zerprengen drohte, da nahm Florian Geyer seinen Dolch, stieß ihn in die Tür und rief: „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!“

Am Sinn der Deutschen ist dieser Dolchstoß Florian Geyers „glücklich“ abgeprallt. Gewisse Volksteile bemühen sich dafür um so mehr seit Jahrhunderten, der deutschen Einigkeit und dem deutschen Volksinteresse den Dolch möglichst häufig „mitten ins Herz“ zu stoßen. In den Zeiten dynastischer Machtgelüste machte man so etwas durch Reichsverrat; in der bürgerlichen Gesellschaft dadurch, daß man weite Kreise des Volkes rechtlos und niedergedrückt hielt. Was ältere Zeiten durch offenen Verrat am Ganzen für ihre Sonderinteressen zu erreichen strebten, das suchte die bürgerliche Gesellschaft zu erlangen durch Ausbeutung der arbeitenden Schichten.

Das dadurch die Einigkeit eines Volkes zerrissen, das Haß und Verwerfung sich aufstürmten, das man die arbeitenden Schichten wirtschaftlich und politisch rechtlos hielt, das waren durch ein Jahrhundert bezogene heftigere Dolchstöße gegen Volk und Vaterland, als es vielleicht nach außen zunächst in die Erscheinung trat.

Wir leben in einer Zeit der politischen Ohnmacht, der parteipolitischen Leidenschaften, der wirtschaftlichen Schwäche. Verlorener Krieg, das Londoner Abkommen, die Steuerhölle, die Ueberfremdung unseres Wirtschaftslebens sind einige Gründe für die Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden. Nun sollte man glauben, daß in einer solchen Zeit wie die Kinder einer Familie, die deutschen Stände und Schichten zusammenhielten — Unternehmer, Arbeiter, Bauern, Beamte.

Und was sehen wir?

Eine soziale Achsenbrechung gefährlichsten Ausmaßes und einschneidendster Wirkungen. Die Folgen dieser sozialen Achsenbrechung mag der edle Hike voraussehen haben, als er wenige Wochen vor seinem Tode 1921 heilschwerlich von einer zweiten Revolution sprach, die schlimmer als die erste, die Frage des Privateigentums aufrollen werde. Selbst wenn wir nicht so pessimistisch in die Zukunft schauen wollen, dann bleibt das eine doch wahr, daß die Lage sozial- und gesellschaftspolitisch äußerst ernst ist.

Heute wird der Kampf geführt um zwei Fragen, die im Innersten aus dem Gegensatz „Kapital — Arbeit“ geboren, nach außen sich dazun als folgende Problemstellung:

„Industrieuntertan oder Industriebürger“; „Wirtschaftlicher Gemeinschaftsgeist oder wirtschaftliche Aristokratie einer Schicht“.

Sicher: Weite Kreise der deutschen Arbeiterschaft haben 1918 die Grenzen ihrer Möglichkeit nicht gesehen, ihre Forderungen überspannt, durch politische Puffe und wilde Streiks die Wirtschaft geschädigt. Aber man sehe auch die weitere Entwicklung seit 1920. Die Arbeiterschaft wird innerlich gefestigter, denkt wirtschaftlicher, politische Streiks sind sozusagen unmöglich, die Arbeitsintensität ist gewaltig gewachsen und hat in den meisten Industriezweigen die Leistung der Friedenszeit hinter sich gelassen. Ja, man vergewaltigt sich nur den gewaltigen Ausbruch wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einfühlungswillens der deutschen Arbeiterschaft bei der Ruhraktion, als sie mit Leib und Leben sich vor Werkleiter und Unternehmer und schützend vor das Vaterland stellte. Der Kampf gegen den Separatismus wäre ohne die deutsche Arbeiterschaft gar nicht zum glücklichen Ende geführt worden. Als andere flohen, stürmte die Arbeiterschaft die Separatistenverhandlungen in den Nachbarn und besiegelte ein anderes Mal ihre deutsche Treue mit ihrem Blute. Sie hatte nie daran gedacht, sich das mit Geld später entlohn zu lassen, trotzdem kein anderer Stand wie sie in der Inflation gelitten hatte.

Die Arbeiterschaft hatte durch ihre Haltung 1923 bewiesen, daß sie die Persönlichkeit des Unternehmers achtete, nicht nur aus dem Gefühl heraus, genau so auf ihn angewiesen zu sein, wie dieser auf die Arbeitskraft. Das Betonen eigener und fremder Persönlichkeitswerte war stark in der Arbeiterschaft gewachsen. Der Betrieb war ihr innerlich näher gekommen.

Welch eine stolze Entwicklung, welche eine selbstverständliche Treue zum Deutschtum und zur Reichseinheit, welche ein sich entwickelndes wirtschaftliches Verständnis. Und das bei einer Arbeiterschaft, die vierzig und mehr Jahre politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich am Rande der Rechte stand, die keine Mitbestimmung hatte, sondern nur gehorchen mußte, der man selbst im Kriege noch allerhand Schikanen auferlegt hatte.

Verständnisvolle Politiker und Wirtschaftsmenschen hätten diese Entwicklung sorgsam beobachtet aus dem Gedanken heraus, daß der innere Zusammenhang und das bestehende Wissen einer Schicksalsgemeinschaft das Wichtigste für ein Volk sind, daß in der Angleichung des gesellschaftlichen Rechte der einzelnen Stände die beste Gewähr für die gesellschaftliche Ruhe liegt. Mit einer solchen wirklichen Zusammenarbeit der verschiedenen Stände wäre am ehesten die Möglichkeit gegeben gewesen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Nichts von alledem geschah in Deutschland. Nein, man tat in merkwürdiger Verblendung genau das Gegenteil. Man holte in dem Zeitpunkt zum gefährlichen Dolchstoß aus, wo die Arbeiterschaft gewerkschaftlich und finanziell geschwächt am Boden lag. (Inwiefern die Schwächung selbst eine Schuld der Arbeiterschaft ist, steht hier nicht zur Debatte.) Alle Scharfmacherinstinkte wuchsen zu einer gefährlichen Höhe auf, und ohne auf die Konsequenzen zu achten, wollte man den Tag nutzen und die erworbenen Rechte den Arbeitern entreißen.

Riß man damit nicht einen Keil in die Front der so oft zitierten Schicksalsgemeinschaft?

Ueberantwortete man nicht Tausende und Abertausende kräftiger Männer voll Betriebserfahrungen und Arbeitsfreude der Strafe?

Man fragte nicht darnach! Herrschergelüste einer Klasse, die ein Jahrhundert unumschränkt regiert hatte, begannen sich auszuloben; geschürt und unterstützt von den Tausenden Syndizi. Der alte Kampf „Untertan oder Mitbürger“ sollte zugunsten der Ersteren entschieden werden. Nicht den Freien wollte man, sondern den Knecht. Man erinnert sich da an den berühmten Friedensschluß der englischen Metallindustriellen mit den Metallarbeitern 1898. Die Metallarbeiter, im größten Kampf vollkommen geschlagen, erhalten ihre prinzipiellen Forderungen trotzdem erfüllt. Eine Tat der englischen Metallindustriellen aus der Erwägung, daß man auf die Dauer mit einem feindlichen wirtschaftlichen Mitarbeiter nicht zusammen schaffen kann, wenn der Betrieb keinen Schaden nehmen soll.

Mit Bitterkeit denkt man bei einem solchen Beispiel an das deutsche Unternehmertum, dessen wirtschaftliche Leistungen so groß und dessen psychologisches Verständnis für die feilsche und materielle Stellung der Arbeiterschaft so ganz klein ist.

Unsere Wirtschaft leidet — aber sie leidet nicht so, wie es häufig dargestellt wird. An Einschränkungen, ja selbst an Entlassungen wird man nicht immer vorbeikommen — aber die Entlassungen werden in sehr vielen Fällen nicht diktiert von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern von brutaler Ehedrungsucht; die Beweise dafür sprechen leider Bände.

Wenn der Beratender Arbeitgeberverband Mitte Juli seinen Mitgliedern aus lohnpolitischen Gründen Entlassungen empfiehlt mit folgender Begründung:

„Eine Reihe von Firmen aus unseres Bezirks wird im Laufe der nächsten Zeit zu gewissen Entlassungen scheitern müssen; der Verband als solcher wird alle diese Entlassungen zusammenzählen und dann der Öffentlichkeit gegenüber erklären können, die Wirkung der uns ausgezwungenen Lohnerhöhung ist also die Entlassung von ... Prozent der gesamten Arbeiterschaft.“

Der Beschluß soll ebensowenig wie in der Nordwestlichen Gruppe einen Druck auf die einzelne Firma ausüben, das Ziel ist lediglich das einer tatsächlichen Demonstration, die meines Erachtens auf der einen Seite ganz wirkungsvoll und auf der anderen Seite durchaus unbedenklich ist. —

Wenn der Arbeitgeberverband der Straßenbahnen, Klein- und Privatbahnen (Rundschreiben 101) sagt:

„... es ist notwendig, jede uns aufgezwungene Lohnerhöhung mit Maßnahme im Betriebe zu beantworten, die die Lohnerhöhung wenigstens zum Teil wieder einparen und der Öffentlichkeit die Folgen der Lohnsteigerung deutlich vor Augen führen. Als solche Maßnahmen kommen z. B. da, wo angängig, Tarifserhöhungen und Einschränkungen des Wagenumlaufes mit Entlassungen in Frage. Wir erinneren bei diesem Anlaß an unser Rundschreiben Nr. 903 vom 22. Mai 1925, das den Gruppen zugegangen ist, mit welchem wir dringend empfohlen hatten, in Zukunft jede freiwillige Lohnerhöhung im Wege der Verhandlung abzulehnen. Hochachtungsvoll gez. Erler, Verbandsdirektor.“

so ist das nur die in die Sprache des 20. Jahrhunderts übersetzte Tat antiker Sklavenhalter.

Ein ganzes Jahr nun schon jagt man fürchterliche Unruhe und Erregung in die Arbeiterschaft und sucht systematisch ihre Nerven zu zermürben. Kündigung, Rücknahme der Kündigung, neue Kündigung, welche Familie soll so etwas aushalten? Die alten Schicksalsgemeinschaften werden aus der Fabrik gewiesen, und nur wenige Werke suchen ihnen kleine sonstige Beschäftigungen zu geben. Die Arbeitslosen ziffern werden künstlich erhöht. Wir haben im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Tatsache zu verzeichnen, daß trotz steigender Ablegung die Zahl der Ueberstunden riesig wächst. Im August allein waren auf größeren Montanwerken je 50 000 bis 70 000 Ueberstunden verfahren worden. Aber für die steigende Arbeitslosenziffer? Wirtschaftliche Notwendigkeit? Meistens nicht!

Glaubt man etwa mit solchen Methoden die Wirtschaft heben zu können, glaubt man durch Zerreißen der inneren Front etwas stark zu werden?

So wie bisher, geht es nicht weiter! Die Arbeiter aber müssen endlich einsehen, daß ein Wort nur dann eine Tat sein kann, wenn hinter ihm eine gewerkschaftliche Macht steht. Wir lehnen jeden Umsturzgedanken ab, aber wir wollen eine ganz gründliche Reform der gegenwärtigen Zustände. Wir werden sie um so raschdrücklicher erreichen, je stärker wir organisatorisch und finanziell dastehen.

Die Arbeitslosen zur Ruhrkampfentschädigung

Wir haben bereits in Nr. 45 unsere Stellungnahme zur Ruhrkampfentschädigung bekannt gegeben und diesen aus kurzfristigem Bürokratismus geborenen „Dank“ an die Arbeiterschaft in aller Form abgelehnt.

Der Unmut über diese lächerlich anmutende Hilfsaktion der Regierung wächst andauernd in den Arbeiterkreisen, die sich mit vollem Recht gegen eine solche Sache wenden. Aus der Fülle der Berichte wollen wir nur zwei herausgreifen.

In Hombruch bei Dortmund faßte eine äußerst stark besuchte Versammlung der arbeitslosen Mitglieder unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes am 5. November einstimmig folgende Resolution:

Die Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen die Richtlinien der Regierung in der Ruhrkampfentschädigung. Sie betont ferner, wenn schon die Ruhrindustriellen im Jahre 1924 750 Millionen M Entschädigung bekommen haben und an die Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr erst jetzt gedacht wird, trotz eindringlicher Mahnungen und Forderungen der Gewerkschaften. So ist das an und für sich schon sehr bedauerlich. Geradezu unverständlich ist es aber, daß man für die wirtschaftlich viel schwächeren Arbeiter nur 12 Millionen M über hat und viele gibt man auch erst nach vielem Bann und Weh. Das Wort „Ruhrkampfentschädigung“ oder „Beihilfe“ finden die Betroffenen geradezu lächerlich, wenn sie die Bedingungen dieser Richtlinien in Betracht ziehen.

Bedingung soll zunächst sein, daß der Arbeiter in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis zum 31. Mai 1924 wenigstens an 40 Tagen Verdienstausschlag hatte, außerdem muß derselbe vom 1. Juli 1925 bis zum 30. September 1925 Erwerbslosenerklärung besorgen haben. Ebenfalls muß er verheiratet sein und wenigstens ein Kind oder einen zu unterhaltenden sonstigen Familienangehörigen haben. Sonst bekommt er trotz fast zweijähriger Arbeitslosigkeit keinen Pfennig „Beihilfe“. Die Auswirkung der Richtlinien ist im besonderen für die Hombrucher Arbeiterschaft eine fürchterliche Härte und Ungerechtigkeit, da die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit fast seit zwei Jahren besteht, aber zufälligerweise die Bedingungen der Richtlinien betr. der Zeiten nicht ganz erfüllt und so von über 1000 Arbeitern nur 4 bis 6 in den Genuß der Unterstützung kommen.

Unser alter Kollege Heiland aus Wiesbaden, den die Arbeitslosigkeit ebenfalls schwer getroffen hat, schreibt uns zum Kapitel „Ruhrkampfentschädigung“:

Zu dem Artikel „Der Dank“ in Nr. 45 des Verbandsorgans möchte ich auch einiges bemerken. Zunächst muß ich sagen, daß die Bekanntmachung der „großmütigen“ Spende größte Enttäuschung von Seiten der Erwerbslosen gefunden hat. Bei dem einen trat diese Bestimmung nicht zu, bei dem anderen jene, und es wird gewiß nicht sehr viele geben, bei denen die Klauseln alle zutreffen. Auch ich selbst gehöre zu denen, wo alles stimmt bis auf eins, und deshalb auch auf eine Unterstützung nicht zu rechnen habe. Ich war während der Ruhraktion vom 27. Juli 1923 bis 25. Februar 1924 arbeitslos. Solange $\frac{1}{2}$ des Lohnes bezahlt wurden, also bis zum 30. September 1923 ging es so einigermaßen. Aber vom Oktober ab da ging das Hungern los. Als es dann Ende Februar wieder zum Arbeiten kam, war ich so unterernährt, daß ich bis zum Frühjahr um 9 schon todmüde war. Ich mußte mich auch sehr bald in ärztliche Behandlung begeben. Der Arzt half mir mit allerlei Kräftigungsmitteln, denn bei der Beschäftigung war es nicht möglich, die nötigen kräftigen Lebensmittel zu beschaffen. Dazu kam noch eine ungeladene Arbeitsstätte. So hat sich mein Zustand nicht gebessert, ich kam vielmehr so weit, daß ich am 14. Juli d. J. wegen Krankheit meine Arbeitsstelle aufgeben mußte. Vier Wochen war ich arbeitsunfähig und seit dem 10. August befinde ich wöchentlich 14,25 M Erwerbslosenunterstützung. Meine Frau ist ebenfalls durch die Unterernährung bis heute noch in ärztlicher Behandlung, ebenso mein Kind von 9 Jahren. Ihr seht also, bei mir stimmen die Klauseln: Ich habe ein Kind, war 1924 über 40 Tage arbeitslos. Nur in diesem Jahre bin ich zu spät arbeitslos geworden. Ich frage nun einen Menschen, was hat die für dieses Jahr selbstgelegte Erwerbslosigkeit mit dem Ruhrkampf zu tun. Ich meine, vor allem seien doch die Arbeiter zu berücksichtigen, die auch tatsächlich darunter gelitten haben, einerlei, ob sie Kinder haben oder ledig sind.

So ist die Stimmung unter der Arbeiterschaft über die Entschädigung. Wenn die Regierung den unüberlegten Schritt gutmachen will, dann ist es höchste Zeit, einen ganz anderen Betrag als Unterstützung einzusetzen, eine andere Staffelung zu treffen und manche für die Praxis direkt merkwürdig anmutende Klauseln hinweg zu lassen. Was heute in Bereitschaft gestellt worden ist an Geldern, muß auf den Arbeiter wie Hohn wirken. Wir erwarten und fordern baldige Revision des Regierungsschlusses in Sachen der Ruhrkampfentschädigung.

Mehr Beharrlichkeit

Von Franz Schümmer.

Ueber die Ursachen der Notlage, in der sich die Arbeiterschaft augenblicklich befindet, gehen die Meinungen auch in Arbeiterkreisen auseinander. Man sucht nach einem Sündenbock, dem man so gern die ganze Schuld aufbürden möchte. Bei dem einen ist der Sineser der Schuldige, bei dem anderen die Regierung, beim dritten die Uneinigkeit der politischen Parteien, beim vierten tongt das

ganze System nicht, der flinke redet von der Schuld der Scharfmacher, beim sechsten haben die Gewerkschaften versagt, und der sechste, der Akerflügge, möchte mit dem bekannten Direktor Klein alle Gewerkschaftsvertreter aufhängen, weil denen die ganze Schuld an der schlechten Lage zuzuschreiben sei. Halt, da meldet sich noch ein Superflüger; er behauptet, der ganze Grund unserer Ohnmacht ist der, daß wie zu viele Gewerkschaftsrichtungen haben.

Diese Gründe sind so alt, wie die Gewerkschaftsbewegung selbst; sie sind immer von jenen ins Feld geführt worden, die sich an der Organisation, besser gesagt am Gewerkschaftsbeitrag, vorbeidrücken wollten. Für einige Jahre waren diese Reden fast vollständig verstummt. Das war in den Jahren 1919-1923. Wie kam das? Das kam daher, weil damals die Arbeiterbewegung fast vollständig organisiert war, als man die Tätigkeit der Gewerkschaften jeden Tag in Form von erhöhten Löhnen wahrnehmen konnte, als noch in allen Betrieben die Betriebsräte in Takt waren, als bei den Betriebsratswahlen auch der letzte Arbeiter zur Wahlurne schritt und dadurch dem Arbeitgeber gezeigt wurde, daß er es mit einer geschlossenen Arbeiterkraft zu tun hatte, als der Achtstundentag noch allgemein eingehalten wurde und es kein Arbeitgeber wagte, von Arbeitszeitverlängerung zu sprechen, als Gewerkschaften und Gewerkschaftsvertreter infolge der Stärke ihrer Organisationen den entsprechenden Einfluß bei Arbeitgebern und Behörden hatten, als während der Kubraktion sich nur die Gewerkschaften und ihre Vertreter für die Belange der Arbeiter einsetzten, als viele Behörden und die heutigen starken Arbeitgeberyndiki sich ängstlich hinter die Verordnungen der Besatzungen verkrochen und die Gewerkschaftsfunktionäre ihr Leben und ihr Familienglück aufs Spiel setzten.

Als infolge der politischen Zusammenhänge sich das Wirtschaftsleben umstellen mußte, als die Inflation ihren Höhepunkt erreicht hatte, als wir, auch zum Segen der Arbeiterkraft, wieder feste Geldverhältnisse bekamen, als auch die Gewerkschaften das, was über uns hereinbrach, nicht aufhalten konnten, als es galt, sich auf neue Verhältnisse einzustellen, das bis dahin Errungene zu erhalten und zu verteidigen, als die Führer warnend ihre Stimme erhoben und aus jahrelanger Erfahrung die richtigen Wege zeigten, da waren auch die „Marschprediger“ wieder zur Stelle. Mit Arbeitern, die ihre Mitgliedschaft so auffassen, die beim geringsten Winkeln wieder umfallen, werden wir die uns gestellten Aufgaben niemals lösen können!

Diese Aufgaben sind so vielfältig, und die Wechselwirkungen im Arbeiterdasein so groß, daß der gewerkschaftliche Einfluß sich von Tag zu Tag als notwendiger erweist. Mehr denn je ist in der jetzigen Zeit die Erhaltung des einmal Gewonnenen gewerkschaftliche Aufgabe. Und gerade die geringe Beharrlichkeit, das sich Erlauben von Augenblicksstimmungen, gefährdet am meisten die Errungenschaften der letzten Jahre. Da höre ich schon wieder den wenig Beharrlichen, der sagt: „Hört doch auf mit euren Errungenschaften!“ Solche Nebenarten könnte man verstehen, wenn es ein junger Kollege ist, der die Vorkriegszeit nicht miterlebt hat, der noch nicht im „Pfenning Stundenlohn“ mehr, „wöhnen“ und monatlang gestreift hat, der noch nicht im Kampf um Gleichberechtigung und Anerkennung seines Standes das Opfer monatlanges Ausscherrung und Maßregelung auf sich nehmen mußte, der die Zeit nicht miterlebt hat, wo die Arbeiterkraft ohne jede betriebliche Vertretung war, wo sie der menschenunwürdigsten Behandlung ausgesetzt war, wo die Arbeitszeit sich fast endlos ausdehnte, wo die Folgen jeder Krise auf die Arbeiterkraft abgewälzt wurden. Hast du, lieber Freund, diese Zeit nicht miterlebt, so versuche wenigstens durch eifriges Studium, durch Betätigung in der Gewerkschaftsbewegung, deinen Stand kennen zu lernen. Gehört du aber zu jenen, die in der Vorkriegszeit mit Arbeiterfragen mehr als genug geplagt waren, dann wirst du mir recht geben, wenn ich von Errungenschaften rede. Dann wirst auch du der Auffassung sein, daß wir vieles zu verteidigen haben, und daß nur die Beharrlichkeit in der Gewerkschaftsarbeit uns die Verteidigung ermöglicht und uns weitere Erfolge erringen läßt.

Die Arbeitgeber, vor allen Dingen die Scharfmacher unter ihnen, versuchen, wieder die Vorkriegsverhältnisse einzuführen. Der Kampf gegen tarifliche Lohn- und Arbeitsregelung ist fast auf der ganzen Linie entbrannt. Von den Gewerkschaftsvertretern wird die Aktivlegitimation, d. h. der Preis verlangt, daß die Arbeiterkraft auch organisiert ist. Man versucht, die behördlichen Schlichtungsorgane im scharfmacherischen Sinne zu beeinflussen, das Reichsarbeitsministerium will man im Reichswirtschaftsministerium untergeben lassen, im ganzen Lande fordert man den Abbau der sozialen Einrichtungen und des Arbeiterrechts. Man predigt wieder wie vor hundert Jahren die alte Manchesterlehre von der Entfaltung der Einzelverdienstlichkeit, weil man weiß, daß man mit dem Einzelnen freies Spiel hat und leicht fertig wird. Die Arbeitgeber selbst aber schließen sich von Tag zu Tag enger und straffer zusammen, um dadurch die Arbeiterrechte zu Fall zu bringen.

Was es wieder so weit kommen wie ebendiesem? Der Geschäftsführer des „Verbandes deutscher Industrieller“ sagte auf der Konferenz der Unternehmerarbeitsnachweise in Leipzig 1898: „Gleichberechtigt auf dem Gebiet des wirtschaftlichen und sozialen (gesellschaftlichen) Lebens ist der Arbeiter nicht und kann es niemals sein. Wo auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete weise ich jede Gleichberechtigung des Arbeiters mit dem Arbeitgeber vollständig zurück. Den Arbeitsvertrag festzusetzen, ist das unumgängliche Recht des Arbeitgebers.“

Das ist auch der heutige Wille der Arbeitgeber. In einer

Die Winteragitation

Wah andere Metallarbeiterfront fürchten.
 Ist die Hausagitation gut vorbereitet?
 Es gilt der Kampf gegen soziale Reaktion, für Lohn, Arbeitszeit, Urlaub, Betriebsratswahlen.
 Ist ihr finanziell extra Pflicht? — Warum gibt es bei euch noch so wenige, die nicht in der richtigen Beitragsklasse zahlen.
 Der Verband ist nur stark und die Arbeiterposition nur gesichert durch selbsttätige Zusammenarbeit und gute Klassenverhältnisse.

Verhandlung am 2. November d. J. erklärte der Syndikus Dr. H o r s t e n vom M.-Gladbacher Arbeitgeberverband: „Es ist unser Bestreben, die Löhne in der Gladbacher Metallindustrie wieder auf den Stand der Vorkriegszeit herunterzubringen. Wir müssen wieder mit unseren Löhnen um 20 bis 25 Prozent unter Düsseldorf kommen. Wir werden das Ziel erreichen mit Ihnen oder ohne Sie“ (d. h. mit oder ohne Gewerkschaften). Dieser Syndikus hätte das niemals zu sagen gewagt, wenn die Gladbacher Metallarbeiter mehr gewerkschaftliche Treue und Beharrlichkeit gezeigt hätten.

Die Warnungstafel ist aufgerichtet. Wir müssen wissen, worauf es ankommt: entweder oder. Entweder wieder zurück in die alte sklavische Abhängigkeit, wieder zurück zu jener Zeit, wo hier unbedeutend spießbüchsiges Reichthum aufgehäuft wurde und dort Armut und Elend überhand nahm, oder als freie deutsche Arbeiter unser Geschick selbst in die Hand nehmen und selbst mitbestimmend tätig sein bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Das Letztere ist unser Ziel. Es wird erreicht, wenn wir die Hindernisse: Indifferentismus und Unbeharrlichkeit, aus dem Wege räumen und sie ersetzen durch gewerkschaftliche Treue und Beharrlichkeit.

Zur Ausführung des kollektiven Arbeitsrechts

Von Wilhelm M a u e r.

Wenn unser neuzeitliches Arbeitsrecht noch nicht überall diejenige Würdigung gefunden hat, die es verdient, ja, starke Gegner besitzt, so ist dieses nicht unwesentlich auch auf seine mangelhafte Ausführung zurückzuführen. Die dadurch entstehenden Schwierigkeiten sind oft für Arbeitgeber und Arbeitnehmer viel größer, als wenn in der Sache selbst mehr oder weniger getan worden wäre.

So hat das Reichsarbeitsministerium, indem es Schiedsprüche änderte und dann für verbindlich erklärte, eine Partei Entgegenkommen zeigen wollen. Der finanzielle Effekt dieses Entgegenkommens wurde aber später durch eine Unmenge kostspieliger Prozesse, die sich über ein Jahr hinausziehen, weit überholt. Was an Lehrsperrigen gespart wurde, ging an Prozeßgeld, an Arbeitsfreude, Gemeinschaftsinn usw. weit mehr verloren.

Ein anderer Zickzackkursus in unserem Schlichtungswesen zeigt sich insofern, als z. B. ein Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch mit einer 80-prozentigen Lohnerhöhung

fällte. Bei den Verhandlungen um die Verbindlichkeitsklärung dieses Spruches stellten die Arbeitgeber in Aussicht, sich mit einer 50-prozentigen Erhöhung freiwillig zu verständigen. Bei späteren Verhandlungen hielten jedoch die Arbeitgeber dieses Angebot nicht aufrecht. Nun kommt der Schlichter und bringt es tatsächlich fertig, einen Schiedspruch mit nur 4 Prozent Erhöhung zu fällen. Ein 10wöchentlicher schwerer Kampf mit vielen Tausenden von Beschäftigten war das Verhängnis dieses Zickzackkurses. Was auch hier an winzigen Lohnsperrigen gespart werden sollte, ging den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der Gesamtwirtschaft und dem sozialen Frieden an weit größeren Werten verloren.

Erforderlich wird es auch sein, daß bei Verhandlungen der Vertreter des Reichsarbeitsministers an Ort und Stelle kommt und somit nicht mehr die vielen Vertreter der Tarifparteien unnötige Fahrten nach Berlin zu machen brauchen. In der Regel bestehen die beiderseitigen Tarifkommissionen zum mindesten aus 6 Personen. Sind mehrere Berufs- und Konjunkturverhältnisse zu berücksichtigen, dann kommen noch Sondervertreter hinzu. Auch dann, wenn viele Verbände beteiligt sind. Hingzu kommen auf sozialistischer Seite noch oft die angeblichen Kontrollure der Opposition. Es ist doch nun viel einfacher und billiger, wenn sich der Herr von Berlin an den betreffenden Ort begibt, als wenn umgekehrt der ganze Schwarm vielleicht nur für eine einzige Erklärung von ein paar Minuten nach Berlin fahren muß.

Von Schlichtungsausschüssen, Schlichtern, Arbeitsgerichten und manchen Behörden ist ferner dringend zu erwarten, daß sie das bestehende Arbeitsrecht nach dem Willen der Gesetzgebung und der Reichsverfassung stärker respektieren und anwenden. Gibt es doch solche, die die Unabhängigkeit der Tarifverträge abdingbar machen, die tatsächlich verurteilen, die Aktivlegitimation von den Gewerkschaften zu verlangen, die parteipolitische Konstruktionen, Unorganisierte eines Betriebes, ja sogar Betriebsräte tariffähig erklären und die wilde Werkvereinbarungen den Tarifverträgen gleichstellen. Das alles widerspricht dem Gesetz und der sonst allgemein geltenden Rechtsmeinung. Auch wird noch versucht, mit alten überlebten Bestimmungen des V. G. B., der G. D., des alten Vergrechts usw. das neuere Arbeitsrecht umzubiegen und es in eine Entwicklung zu leiten, die es um seinen Effekt bringt. Und wenn heute ein anderer politischer Wind stärker weht, wie ebendiesem, die Öffentlichkeit

Das Monotonieproblem der Industriearbeit

Von Edm. Kleinschmitt, zurzeit Arbeiter bei der Ford Motor Company.

Leider ist immer noch der Hinweis nötig: Die Ford'schen Arbeitsmethoden haben mit Taylorismus nichts, aber auch rein gar nichts zu tun. Wie grundsätzliche Meinungen noch heute in Deutschland über die Ford'schen Arbeitsmethoden verbreitet sind, davon mußte ich mich erst dieser Tage wieder überzeugen, als ich die Diskussion über Hellpachs großen Vortrag „Die seelischen Wirkungen der Rationalisierung“ und Mechanisierung der Industriearbeit“ zu lesen bekam. Die Weisensverständlichkeit von Taylorismus und Fordismus dürfte aus dem folgenden sehr bald erkennen.

Ich habe bis jetzt drei Arbeitsverrichtungen in der Ford-Fabrik ausgeübt. Eingelernt dazu wurde ich wie folgt: Der Vorarbeiter nahm mich zu einer Maschine mit, stellte mich davor und wies mich an, genau zuzusehen. Nach zehn Minuten kam er schon zurück und sagte, ich solle es jetzt mal selber probieren. Er stellte sich dabei daneben. Nach weiteren zehn Minuten hatte ich die Sache begriffen und hatte schon das allgemein übliche Tempo durchgehalten (war mit dem Erfolg, daß in der ersten Nacht von mir ab die Sache etwas langsam vorwärts ging; aber bloß, weil ich mir dauernd die Hände verbrannte). Genau so ging es in der zweiten und dritten Nacht. Was folgt daraus? Es zeigt sich, daß nicht jede Bewegung wissenschaftlich abgegründet, vorgeschrieben und ein-erzert wird, wie beim Taylorismus. Jeder Arbeiter führt die an ihm gestellte Aufgabe so aus, wie es seiner Individualität angemessen ist. Drei verschiedene Personen machten mir meine erste Arbeit vor; jeder anders. Nur Bewegungen, die der Sicherheit dienen, werden mehrmals gezeigt und müssen vorchriftsmäßig ausgeführt werden. Sonst aber herrscht allergrößte Wahlfreiheit in der Arbeitsausführung. Das ist natürlich bloß möglich, weil keine hohen Höchstleistungen an menschlicher Arbeit verlangt werden. Denn bei Ford leistet die Technik so viel, daß er auf solche künstliche Höchstleistungsanstrengungen der Arbeiter verzichten kann. Wir treffen überall Normleistungen. Die Normleistungen der Abteilungen entspringen einem Arbeitstempo, in das man unwillkürlich selber verfällt, wenn man die Arbeit länger macht.

Damit kommen wir zu einer weiteren guten Eigenschaft des Fordismus, die wahrscheinlich von Ford und seinen Leuten nicht theoretisch erkannt, aber mit einem sicheren Instinkt praktisch ausgearbeitet wurde. Im psychologischen Institut der Leipziger Universität finden unter Oberleitung von Prof. R ü g e r, dem Nachfolger von Wilhelm Wundt, seit langem schon experimentelle Versuche und theoretische Forschungen über das Monotonieproblem in der Industriearbeit statt. Zu einem der Grundergebnisse dieser Arbeiten gehört die Feststellung, daß eine Arbeit, die aus aufeinanderfolgenden, gleichförmigen Arbeitsbewegungen besteht, nicht notwendigerweise unzufrieden, monoton wirken muß. Wir kennen aus unserer eigenen und aus der Geschichte primitiver Völker viele Erscheinungen, die nur durch die Annahme erklärt werden können, daß unter bestimmten Bedingungen oft wiederholte Bewegungen sogar lustvoll wirken, weil sie aus dem Bewegungsdrang des gesunden Menschen herauswachsen. Nicht nur Spiel und Tanz, auch rhythmische Arbeitsbewegungen werden von den Primitiven oft über den wirtschaftlichen Bedarf hinaus geübt, weil diese Art von Betätigung lustbetont empfunden wird. Fast alle ursprünglichen ältesten Arbeiterbewegungen, wie Ernten, Hacken, Mahlen, waren von jeder gleichförmig. Prof. Friedrich S a n d e r vom Institut für experimentelle Psychologie in Leipzig, behauptet in einer sehr schönen Studie über „Arbeitsbewegungen“ (aus: „Arbeitskunde“, Teubner, Leipzig 1924), daß, wenn gleichförmige Bewegungen qualitativ und monoton wären, dies immer ein Zeichen dafür sei, „daß es nicht zu einer rhythmischen Gestaltung der moto-

rischen Komplexen gekommen ist, sei es dadurch, daß die äußeren Bedingungen eine solche ganzseitige Durchformung der Bewegungen nicht zulassen — der häufigere Fall — sei es, daß von Seiten des Arbeiters motorische Gestaltungsunfähigkeit oder auch gestalterische intellektuelle Erwägungen eine Rhythmisierung verhindert.“ Die Leipziger psychologische Richtung kommt daher manchmal mit dem Taylorismus da in Konflikt, wo sie fordert, daß bei der Durchformung der Arbeitsbewegung nicht psychologisch-mechanisch das Prinzip der Bewegungserparnis allein maßgebend sein dürfe. Vielmehr fordere das Wohlbefinden des körperlich-seelischen Gesamtorganismus oft eine Gestaltung der Arbeitsbewegung, die nicht mit dem mechanisch errechenbaren, technisch und vielleicht sogar auch psychologisch „leichtesten Arbeitsvollzug“ zusammenfällt.

Wie leicht rhythmisch gestaltete Arbeit an einer Maschine im Unterschied zu langperiodischen, unrythmischen Arbeitsbewegungen ertragen werden kann, habe ich in zwei aufeinanderfolgenden Nächten selbst erlebt. In der einen Nacht hatte ich wieder an der Bohrmaschine zu arbeiten, an der ich meine erste Nacht verbracht hatte (3218 gleiche Arbeitsverrichtungen). Physisch war ich jetzt der Arbeit voll gewachsen, und sehe da, die Zeit strich im Fluge dahin, und meine Stimmung war vorzüglich. Ganz frohlich ging ich am Morgen nach Hause und war so frisch, daß ich gleich anschließend noch fünf Stunden lesen und schreiben konnte. In der nächsten Nacht erhielt ich eine „individuelle“ Handarbeit, und zwar mußte ich, auf einer Kiste sitzend, in die etwa 300 bis 400 Festschrauben am Hauptteil des Vergasers eine ganz kleine Schraube, soweit das ging, von Hand einschrauben, und die Schraube dann mit einer einfachen Schraubenzange ganz hineinschrauben und fest anziehen. Jedes Stück brauchte etwa 1/4 bis 2 Minuten Arbeit, je nachdem die Schraube gut hineinging oder schlecht. Fast jede Schraube hat ihre individuellen Eigenheiten und Mucken, mal ging es ganz leicht bis zur Hälfte, und dann half nur noch die größte Gewalt, wieder ging es kurz vor dem vollständigen Einschrauben überhaupt nicht mehr weiter und so fort, eine endlose Kette verschieden gelagerter Fälle. Also gewiss eine interessantere Arbeit als an der Maschine. O nein, im Gegenteil, fünf Stunden lang kämpfte ich gegen eine tödliche Langeweile durch Anspannung meines Denkens und meiner Phantasie an. Was diese böse Arbeit von allen bisherigen unterschied, war die Unmöglichkeit, auch nur ein wenig Rhythmus hineinzubringen. Spiel von Gedanken und Phantasie zur Abtötung der Langeweile hatte ich in der vorhergehenden Nacht gar nicht nötig. Die Bedienung jener Maschine geschah eben in schönen abgerundeten, vollen Bewegungen beider Hände und des ganzen Körpers in einem Takt, den man selber bestimmen kann.

Drei Arbeitsstationen von dieser Maschine weiter verzweigt sich der Strom der Werkstücke in zwei Arme, weil jetzt eine Arbeitsverrichtung kommt, die beinahe die doppelte Zeit wie die vorhergehende in Anspruch nimmt. Man mußte hier also zwei Maschinen aufstellen, um die täglich durchlaufenden, etwa 3000 Stücke zu bewältigen. Der Arbeitstakt wird also langsamer: und — merkwürdig, die Arbeit wird sofort monoton, eintöniger, langweiliger. Dieses Gefühl wird noch durch unregelmäßige kurze Pausen verstärkt, die deshalb eintreten, weil zwei Maschinen an dieser Stelle bei normalem Arbeitstempo doch ein klein wenig zu viel sind, so daß man entweder etwas verdoert arbeiten muß oder die Pausen in Kauf zu nehmen hat: 13/4 Maschinen wären eigentlich richtig. Also technisch läßt sich das wohl nicht lösen, und die verbleibenden Arbeitspausen sind zu kurz, um dem Mann noch eine zweite Funktion zu geben, wie das sonst sehr häufig gemacht wird.

durch eine gewisse tendenziöse Propaganda gegen den sozialen Gedanken eingeleitet wurde, gewisse Wirtschaftskonstrukturen das Unmögliche möglich oder umgekehrt wissenschaftlich und juristisch zu begründen suchen, so darf nicht von diesem trügerischen Spiel der Oberfläche ausgegangen werden, sondern stets vom Grunde aus. Die neue soziale Rechtsordnung der Arbeit war Gott sei Dank auf einem guten Wege zur Einprägung, deshalb wird dem da und dort verführten Rückwärts ganz energig begegnen müssen.

Viele abänderliche Schwierigkeiten entstehen auch dadurch, daß Verträge, Urteile und insbesondere Schiedssprüche nicht klar, bestimmt und gemeinverständlich genug in ihrer Form gehalten sind. Wo dieses der Fall ist, da legt das Rätelraten, das falsche Auslegen oder das Suchen nach dem Hintertürchen ein, um dadurch entfliehen zu können. Hier sind auch die Reizpunkte, an denen gern Rechtsverdreher den Nachweis ihrer Tätigkeit erbringen wollen. Kommentierungen, Gutachten, neue Verhandlungen, Prozesse, ja schwere Wirtschaftskämpfe sind auch hier vielfach die Folgen. Sie sind oft schwieriger und wirken verbitterter, als jene um die Sache selbst. Manchmal wird um den Inhalt von Verträgen, Urteilen und Schiedssprüchen Stunden, ja tagelang überlegt und herumgestritten und dann das Ergebnis plötzlich in irgend eine unüberlegte Form gegossen. Hiermit wissen oft die unmittelbar am Abschluß Beteiligten, geschweige denn andere, nicht, was sie damit anfangen sollen. Es muß darum auch die Form gründlich vorbereitet werden.

Eine bessere Ausführung des kollektiven Arbeitsrechts setzt natürlich auch voraus, daß die einzelnen Gebiete vollkommen gemacht und bald ein einheitliches Arbeitsrecht geschaffen wird. Dringend erforderlich ist zunächst die baldige Verwirklichung des Entwurfs der Arbeitsgerichte. Das heutige zermürbende, langwierige und teure Prozessieren, dazu noch die halbe Schlichtungsordnung, die mangelnden Arbeitsvertrags- und Tarifvertragsgesetze usw. tragen ebenfalls stark dazu bei, daß oft das moderne Arbeitsrecht weder hüben noch drüben befriedigt und nicht die Anerkennung findet, die es verdient!

Rundschau

Es ist ihnen Heil widerfahren

Den Arbeitern des Volmetals nämlich. Zwar haben dieselben zum großen Teil keine Organisation mehr nötig, das kostet nämlich auch Geld, aber sich vom Arbeitgeber für eine Wertgemeinschaft mitzubringen lassen, damit dieselben mit den 777 Gewerkschaften kein Arbeitszeitabkommen zu treffen brauchen, das verstehen die Leute.

Hoffentlich kommt nun auch bald Freibier, Schinkenbrötchen und hoffentlich auch — die Peitsche.

Am herannahenden, betätigen sich natürlich die Betriebe, die damals dem Volmetal die neue Heilshoffchaft mit Gewalt beibringen wollten.

Wie sind die Dinge nun? Vom Schlichtungsausschuß haben wir ein Schiedsspruch gefällt, der 55% bzw. — für einen einzelnen Betrieb — 57 Stunden Arbeitszeit vorsah. Beide Parteien lehnten den Schiedsspruch ab, und es bestand nun rechtlich die 48-Stunden-Woche. Aber die Arbeitgeber konnten ihre Mannen — zum großen Teil extreme. Verfechter des Achtstundentages, die ja nur wegen Preisgabe des Achtstundentages durch die Gewerkschaften ausgetreten waren — besser. Gerade in den zum Teil radikalsten Betrieben wurde durch Anschlag zur Gründung einer Wertgemeinschaft aufgefordert, zum Teil wurden die Vorstandsmitglieder gleich mit präsentiert. So nebenher teilten die Arbeitgeber mündlich oder durch Anschlag mit, daß, wenn keine Wertgemeinschaft in den Betrieben zustande käme, die Arbeitszeit verfürzt und so nebenher der Lohn abgebaut werden müßte. Also kriecht man zu Kreuze.

Jedenfalls ist das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen, das können sich die Arbeitgeber, aber auch die Leute in den betreffenden Betrieben nur gut merken.

Vom Christl. Metallarbeiterverband wurden im Volmetal und halber eine Reihe Verammlungen einberufen, die sich mit diesen Dingen beschäftigten und die sehr gut besucht waren. Soweit Wertgemeinschaften noch nicht gebildet sind, werden Neugründungen auf den Widerstand der Arbeiter stoßen und den Arbeit-

gebern zeigen, daß es auch im Volmetal noch Gewerkschaften gibt. Als Frucht der Verammlungen konnten eine Anzahl Neuaufnahmen gebucht werden. Hoffentlich sind die genannten Vorgänge der Arbeiterchaft eine bittere Lehre, aus der sie die Schlussfolgerung ziehen wird, Mitglied des Christl. Metallarbeiterverbandes zu werden.

Arbeiterchaft und Wirtschaftsbeteiligung in Amerika

In Nr. 45 unsers Verbandsorgans haben wir aus der Feder des Ingenieurs Stig-Milwaukee einen Aufsatz veröffentlicht über „Demokratisierung in der amerikanischen Wirtschaft“. Zu diesem Thema erhalten wir noch folgende Darstellung:

Die statistischen Veröffentlichungen über die Neuverteilung des Kapitals seit dem Kriege zeigen einen großen Fortschritt der Kapitalanlagen der kleinen Leute. Immer bessere Schichten werden Aktionäre oder Inhaber von Wertpapieren. Die Zahl der Aktienbesitzer hat sich vom Jahre 1902 bis zum Jahre 1924 verdreifacht. Bei einer Anzahl von großen Industrieunternehmen ist die Zahl der Aktienbesitzer von 2,5 Millionen auf 5 Millionen gestiegen, darunter befinden sich 338 000 Angehörige. Unter den Dividendenempfängern befanden sich 1917 9,5 Prozent Personen mit einem jährlichen Einkommen unter 5000 Dollar, dagegen waren 1925 mit dem gleichen Einkommen 22,7 Dividendenempfänger beteiligt. Die Zahl der Aktionäre der „Standard-Oil-Gesellschaft“ betrug im Jahre 1911 6078 Personen und ist bis zum Jahre 1925 auf über 300 000 gestiegen.

Diese Entwicklung ist nur möglich, weil das Einkommen, auch der Arbeiter und Angestellten, es ermöglicht, daß wesentliche Ersparnisse auch bei den Arbeitern gemacht werden können. So zeigt sich, daß die Spareinlagen bei den Banken, die vorwiegend nur von Arbeitern erfolgt sind, im Jahre 1914 98 Dollar und im Jahre 1924 168 Dollar pro Kopf betragen haben. Es ist mithin eine wesentliche Verbesserung in der Lebenslage der amerikanischen Arbeiter in dieser Zeit eingetreten. Nach einer Schätzung des Professors Carver beträgt die an die Industriearbeiter ausgezahlte Lohnsumme jährlich 25 Milliarden Dollar, wovon 6 bis 7 Milliarden erspart und fruchtbringend angelegt werden.

Diese Methode ist für eine Wirtschaft immer die beste. Leider sind in Deutschland nur wenige Arbeiterchaften in der Lage, von ihren Löhnen Ersparnisse zu machen. Zwar sind die gesamten Spareinlagen nicht gering, aber die Ausweise zeigen, daß die Arbeiterchaften am wenigsten daran beteiligt sind.

„Erweiterung“ der Lehrzeit

Die „Handwerks-Zeitung“, das Amtsblatt der Berliner Handwerkskammer und des Zentralauschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 1. November („Vorwärts“ 3. November) folgende Notiz:

Für die Erweiterung der Lehrzeit. Herr Schlossermeister D. Zander, Vorsitzender des Gesellenprüfungsausschusses, sendet uns ein Schreiben, in dem er die Lehrzeit von 3 oder 4 Jahren als ungenügend bezeichnet. Während sich vor dem Kriege die Arbeitszeit bei wöchentlich 54 bis 60 Arbeitsstunden auf 10 800 bis 12 000 Lehrstunden erstreckte, beträgt sie heute nur 8000 Stunden bei 48 stündiger Arbeitszeit in der Woche. Davon gehen 8 Stunden in der Woche für die Pflichtschulzeit ab. Es bleiben also nur 40 Stunden, die Herr Zander als ungenügend ansieht. In anderen Staaten habe man mit dem achtstündigen Arbeitstage die fünfjährige Lehrzeit eingeführt. Der theoretische Unterricht sei auf die Abendstunden verlegt, um die handwerkmäßige Ausbildung des Lehrlings nicht zu stören. Die Lehrzeit umfalle wie früher bei uns 12 000 Lehrstunden. Es liege auf der Hand, daß dabei bessere Ergebnisse erzielt werden könnten.

Die „Handwerks-Zeitung“ enthält sich jeden Kommentars zu diesem Vorschlag. Herr Zander verfährt angegeben, in welchen Ländern die Lehrzeit auf fünf Jahre verlängert wurde. Diese Verlängerung genügt ihm aber noch nicht. Die theoretische Ausbildung müsse auf die Abendstunden verlegt werden, wodurch vor allem der Achtstundentag nur noch theoretisch bestehen würde. Geblieben wäre die Verlängerung der Lehrzeit. — So wollen Handwerksmeister die Jugend — gelinde gesagt — für ihre Privatwade ausnutzen.

Sozialpolitik

Das neue Unfallversicherungsgesetz

Ueber das Inkrafttreten der einzelnen Bestimmungen des neuen Unfallversicherungsgesetzes vom 14. 7. 25 herrscht noch in weiten Kreisen große Unklarheit. Dies erklärt sich aus dem Umfang der Änderungen selbst, insbesondere aber aus dem Umstand,

daß die Bestimmungen nicht einheitlich an einem Tage, sondern zu drei verschiedenen Zeitpunkten, nämlich die einen am 1. 7. 25, andere am 17. 7. 25 in Kraft traten, während wieder andere erst am 1. 1. 26 Gesetzeskraft erlangen werden.

Die eintretenden Bestimmungen des neuen Rechtes, nach denen der Unfallchutz auf die Wege nach und von der Arbeitsstätte und auf die Verwahrung, Instandhaltung, Erhaltung und Beförderung des Arbeitsgeräts ausgebeht wird, gelten bereits für alle Unfälle, die sich vom Tage der Verkündung des Gesetzes, d. i. vom 17. 7. 25 an ereignen haben. Die neuen Vorschriften über Krankenbehandlung, wonach die Wartezeit von 13 Wochen in Wegfall kommt und wonach die Berufsgenossenschaft die Befragung des Verletzten sofort nach dem Unfall selbst übernehmen und durchführen kann, treten erst am 1. 1. 26 in Kraft. Bis dahin haben die bisherigen Vorschriften über Krankenbehandlung und über die Fürsorge in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall weiterhin volle Gültigkeit. Ebenso beträgt nach wie vor das Krankengeld des Unfallverletzten vom Beginn der fünften Woche bis zum Ablauf der 13. Woche wie bisher zwei Drittel des maßgebenden Grundlohnes. Diese Bestimmungen über das sogenannte erhöhte Krankengeld oberhalb des Grundlohnes verlieren erst am 1. 1. 26 Gesetzeskraft. Im Gegensatz zu diesen Vorschriften sind die Bestimmungen über die Pflege Schwerunfallverletzter, die entweder in der Gestalt der erforderten Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger und Krankenschwestern oder aber in der Zahlung eines Pflegegeldes von 20—75 M besteht, ebenso die Bestimmungen über Unfallkosten nach ausdrücklicher Festlegung im Gesetz schon mit 1. 7. 25 wirksam geworden, und zwar ohne Rücksicht auf die Zeit des Unfallereignisses, sie gelten demnach auch für jene Unfälle, welche sich bereits vor dem 1. 7. 25 ereignet haben. Das neue Gesetz gibt dem Unfallverletzten auch Anspruch auf Berufszufuhr, welche berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit, nötigenfalls Ausbildung für einen neuen Beruf oder Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle umfaßt, doch erst am 1. 1. 26 ab. Hinsichtlich der Rentenberechnung ist die bisherige Dreiteilungsgrenze, wonach der Verdienst, der den Betrag von 1800 M übersteigt, nur mit einem Drittel anzurechnen war, vom 1. 7. 25 an für alle Renten weggefallen. Der Jahresarbeitsverdienst wird jetzt bis zur Höhe von 8400 M voll angerechnet. Der diese Summe übersteigende Betrag bleibt außer Anschlag. Mit Wirkung vom 1. 7. 25 an erhalten Schwerverletzte, die eine oder mehrere Renten von insgesamt wenigstens 50 Prozent beziehen, ohne Rücksicht auf die Zeit des Unfalles für jedes berechnete Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre eine Zulage von einem Zehntel der Rente. Wie der Höchstbetrag aller Hinterbliebenenrenten vom 1. 7. 25 ab von drei Fünfteln auf vier Fünftel des arbeitsfähigen Jahresarbeitsverdienstes aufgebessert wurde, erhöht sich vom gleichen Zeitpunkt an die Rente für die erwerbsfähige Witwe, welche wenigstens die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren hat, von einem Fünftel auf zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes. Was die geänderten Vorschriften über die Kapitalabfindungen in der Unfallversicherung anlangt, so sind die neuen Abfindungsbestimmungen bereits seit 17. 7. 25 für alle Renten ohne Rücksicht auf die Zeit des Unfalles in Wirksamkeit. Auch hinsichtlich der Umrechnung der Renten brachte das neue Recht grundlegende Änderungen, die je nach dem Zeitpunkt des Unfallereignisses wohl verschiedene Verfahren aufweisen, die aber alle das eine gemeinsam haben, daß sämtliche alten Renten mit Wirkung ab 1. 7. 25 umzurechnen sind.

Die ärztliche Versorgung der Rassenmitglieder

Die ärztliche Versorgung der Mitglieder der reichsgesetzlichen Krankenkassen erfolgt durch die mit den Kassen im Vertragsverhältnis stehenden Ärzte. Dabei muß die ärztliche Hilfeleistung im Ausmaß und Rahmen einer wirtschaftlichen Behandlung vorgenommen werden. Wie der Reichsausschuß für Ärzte und Krankenkassen in seiner Sitzung vom 15. Mai 1925 in grundsätzlichen Richtlinien festgelegt hat, ist darunter jene ärztliche Behandlung zu verstehen die von allen verfügbaren wissenschaftlich bewährten Krankheitsvorbeugenden, lindernden und heilenden Methoden diejenige angewendet, welche unter Berücksichtigung der physischen, sozialen und beruflichen Eigenart des Erkrankten die Krankheit und Arbeitsunfähigkeit am gründlichsten, schnellsten und wohlfeilsten beseitigt. Darnach sind die für eine Krankenkasse tätigen Ärzte verpflichtet, eine nicht erforderliche Behandlung abzuwehren. Die erforderliche Behandlung, insbesondere hinsichtlich Art und Umfang der ärztlichen Berrichtungen, sowie die Verschreibung von Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln ist auf das notwendigste Maß zu beschränken und haben die Ärzte bei Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten alles zu vermeiden, was eine unnötige und übermäßige Inanspruchnahme der Krankenkasse herbeiführen könnte. Die Krankenkassen haben also nur die notwendige Krankenpflege zu gewähren. Darunter ist aber keineswegs eine minderwertige Krankenhilfe zu verstehen. Es darf nur, falls der Heilzweck durch eine billigere Kur erreicht werden kann, der Versicherte nicht die teureren verlangen. Desgleichen ist von zwei gleichartig wirkenden Arzneien stets die wohlfeilere anzuwenden, wobei aber grundsätzlich mehr die Wirksamkeit als der Preis einer Kur oder eines Mittels den Ausschlag zu geben hat.

Der Köbes, die Trude und der Pitter

Eine immerhin ernste Agitationsgeschichte von Peter Stevens, Essen.

(Sonntagvormittag. Im Türrahmen erscheint der Pitter.)

Pitter: Guten Tag!

Köbes: U, sieh mal an, der Pitter! Guten Tag!

Trude: Na wo soll man das hinschreiben, daß du uns mal wieder besuchst?

Pitter: Ich will deinem Köbes mal aufs Dach, der muß wieder in den Verband hinein. — Ich meine, du hättest jetzt lange genug gepöpst, Köbes.

Köbes: Aus — ge — schließen!

Pitter: Aber Köbes.

Köbes (unterbrechend): Aus — ge — schließen! Ich will von der Wertgemeinschaft nichts hören noch sehen. — (Pitter will ihn unterbrechen.) Köbes erregt gestikulierend: Nichts zu machen! Ich will mit den „Bonzen“ nichts mehr zu schaffen haben; sie haben uns verkauft und verraten.

Pitter: Köbes, laß dir.

Köbes (immer erregter): Jawohl, verraten haben sie alle. Lumpen sind sie alle, die Bonzen, die Arbeiterräte, die — alle — alle haben sie uns im Stich gelassen und verraten.

Pitter: Hast Recht, Köbes. Alle sind Lumpen. Ich bin ein Lump du bist einer, die ganze Arbeiterchaft ist ein Lumpensindel.

Köbes: Was! Ich bin ein Lump? Da soll doch.

Pitter: Für dich mal zu, Köbes, wie ich das meine: Wenn du einen wählen sollst, Köbes, der dir keine Interessen vertritt, soll wählst du dann den schlechtesten, unehrlichen Kollegen?

Köbes: Dumme Frage! Das ist doch selbstverständlich, daß ich den besten und tüchtigsten wähle.

Pitter: Meinst du nicht, daß alle unsere Arbeitskollegen im ganzen Land, es gerade so machen würden und gemacht haben wie du?

Köbes: Na, Donnerwetter, das ist doch natürlich, daß sie sich die besten und nicht die schlechtesten wählen; was willst du eigentlich?

Pitter: Schau mal, Köbes! Wenn nun diese besten aus anzerem Stande, sich nachher alle, alle, als Verräter und Lumpen

entpuppen, muß man dann nicht schlussfolgern: Der Arbeiterstand bestände überhaupt nur aus lauter Ekeln, Verrätern und Lumpen? Da gibts nur einmal nichts daran zu tüfteln: Entweder diese besten sind keine Verräter oder aber der ganze Stand ist verflucht, sonst müßte doch mal wenigstens ein ehrlicher Kerl an die Oberfläche kommen.

Köbes: Du Quackstopp! Wir haben natürlich nur gemeint, es seien die Weiten und sind bitter enttäuscht worden.

Pitter: Sol — Sol — Also getäuscht haben wir uns, und zwar alle, alle — und nicht in einem einzigen Falle haben wir den Richtigen erkannt. Das heißt also: wir waren zu dumm, um das Echthe vom Unechten unterscheiden zu können. Also: Saubumm sind wir allzumal!

Köbes (wütend): Jawohl! Dumm sind die Arbeiter! Jawohl! — und du bist der Allerdümmste!

Pitter: Ich weiß! Ich weiß! Ich fühle schon mal ab und zu an den Kopf, ob die Hörner noch nicht kommen; aber hör doch mal zu. Weißt du, daß mit der Dummheit der Arbeiter —; darüber habe ich mir schon oft den Kopf zerbrochen. Dumm geboren, noch dummer erzogen und vieles hinweggelernt. — Soll da etwas dran sein? Sieh, darüber habe ich soeben noch auf dem Wege nach hier nachgedacht; weißt du, ich mache ja so ungern Hausanitation. War aber unsern Bonzen gegenüber zu schillerlich, um kein zu sagen. Na, und da geht mir soeben plötzlich eine Laterne auf: ich sehe auf einmal, daß es doch noch eine große Anzahl sehr kluger Arbeiter gibt.

Köbes: Na! da bin gespannt!

Pitter: Also, paß mal auf, was ich gefunden habe. Unsere deutsche Wissenschaft birgt doch so viele Köpfe mit so außerordentlichen Geistesgaben, nicht wahr? Na! und siehst du, unsere unorganisierten Kollegen tun etwas, was selbst diese weisehörsollen Männer nicht einmal kopieren können; diese Arbeiter allein können ohne wirtschaftliche Interessenvertretung besser fertig werden wie alle anderen Stände mit starken Organisationen. Wenn das selbst unsere größten Gelehrten nicht lassen können, nicht wahr — das beareißt du doch — dann müssen diese Kollegen doch wahrhaftig klüger wie Flug, und — dem Urborn alles Wissens nach sein! Freilich! Es geht diesen Kollegen ja wunderbar schlecht, aber das war ja immer das Schicksal der größten Krieger. — Erfrüherichschaf!

Köbes: Nu, hör aber halb mit dem Quack auf, sonst.

Pitter: Ich bin jetzt fertig! Gud, weil ich das eingesehen,

will ich dich auch gar nicht mehr quälen. Köbes; sondern ich schmeiß auch die Broden hin. Für den Beitrag kann ich mir doch wenigstens vier Schnäpfe oder eine Eintrittskarte für den Rinfopp kaufen. Also, Köbes, darin sind wir doch einig. Auf Wiedersehen!

Köbes: Meinemwegen auf immerwiedersehen!

(Um folgenden Sonntagmorgen.)

(Köbes hat etwas lange, aber gut geschlafen; ist besser Laune, und loben mit seiner Morgentoilette beschäftigt. Seine bessere Schachste, die blonde Trude, besorgt den Frühstückstisch. Ein schüchternes Klopfen an der Stubentür. Auf das Heroin!, erscheint der Kopf des Pitter in der Türspalte.)

Köbes (nicht unfreundlich): Komm doch herein!

Pitter: Nein, noch nicht; es ist mir so bang. Ich habe nämlich was Schreckliches geträumt. Mir träumte heute Nacht: Du, Köbes, und ich, wären uns getrennt auf der Straße begegnet, und ich weiß nicht wie — auf einmal (Pitter ist inzwischen hereingetreten, bleibt aber an der Tür stehen) ja, auf einmal, haben wir uns so recht herzlich angelacht. Und dann jagtest du: Die Unterredung am Sonntag war doch ein bisschen zu drölig. Bist du denn wirklich aus dem Verband ausgetreten? Ich bin mich noch am Überlegen; habe ich geantwortet. Dann meinstest du: „Ja, hör mal Pitter; wie du fort warst, sind mir doch allerhand Gedanken durch den Kopf geangnen. Ich möchte doch wohl wieder dem Verbands angehören. Bringe mir doch morgen einen Aufnahmefchein. Ich habe etwas über deine Worte nachgedacht und mit die Verhältnisse im Betriebe angesehen. Wo du hinstehest, greift eins ins andere; ein Köbes in das andere. Keins läuft für sich. Da habe ich mir gesagt: die Köber können nur deshalb so viel treiben, weil sie alle ineinander greifen. Genau denken auch alle Stände. Die Arbeiter, die Bäcker, alle Unternehmner. Bloß die Arbeiter nicht. Die tun es nicht und deshalb sind sie so schwach. So jagtest du. Und das leuchtete mir ein.

Köbes: Ja, ja; das stimmt schon! So ähnlich habe ich in dieser Woche gedacht und darüber gesprochen.

Trude: Jawohl, das stimmt, nur hat er es nicht so fein herausgebracht, wie du, Pitter.

Köbes: Abgemacht, ich tu mit! Frau, schick mal den Beitrag. Aber nächsten Sonntag gehen wir drei zum Stützungsfecht des Verbandes.

Pitter: Ist abgemacht! Der Wilhelm vom Limbeder Maß wird sich freuen. Und von jetzt ab feste zusammen gearbeitet!

